



Bundes-Pressekonferenz, 10. November 2011

## **Kein Rückzug aus der Verantwortung!**

### **Menschenrechte und ziviles Engagement in Afghanistan langfristig sichern**

Statement Dr. Monika Hauser

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied *medica mondiale* e.V. in Köln

Wo stehen wir 10 Jahre nach Beginn des internationalen Einsatzes in Afghanistan? Kann es uns reichen, dass zumindest in den Städten mehr Mädchen zur Schule gehen und mehr Frauen arbeiten können als zum Zeitpunkt der Taliban-Terrorherrschaft? Sollen wir die afghanische Verfassung bejubeln, in der Gleichheit von Mann und Frau festgeschrieben sind, diese Verfassung aber dem juristischen Personal und den Mullahs in den Provinzen oft nicht einmal bekannt ist? Wo ist der Fortschritt, wenn nach wie vor eine von elf Frauen während der Schwangerschaft oder unter der Geburt stirbt und ihr Zugang zu medizinischer Versorgung von der Erlaubnis des Vaters oder Ehemanns abhängt? Wo ist der Erfolg, wenn 10-, 11-jährige Mädchen täglich vergewaltigt werden, weil sie älteren Männern nach einer Zwangsverheiratung ausgeliefert sind? Bitte rufen Sie sich ins Gedächtnis, dass etwa die Hälfte aller Frauen bei der Heirat ihr 16. Lebensjahr nicht vollendet hat. Und können wir uns beruhigt zurücklehnen, wenn knapp 30 Prozent der afghanischen Abgeordneten Frauen sind, gleichzeitig aber politisch engagierte Afghaninnen in den letzten Jahren wieder um ihr Leben fürchten müssen?

Es ist katastrophal, dass der Krieg kein Ende findet und sich im Gegenteil die Sicherheitslage in den letzten Jahren des internationalen Militäreinsatzes erheblich verschlechtert hat. Die Zahl der zivilen Opfer war mit 2.777 getöteten Zivilistinnen und Zivilisten im Jahr 2010 so hoch wie nie zuvor seit 2001.

Nichtregierungsorganisationen fordern von der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft seit langem, den Fokus weg vom Militäreinsatz hin zu einem politischen Prozess zu richten.

Mit ihren militärischen Aktivitäten hat die internationale Gemeinschaft bislang nur ihre eigenen Interessen im Blick gehabt und nicht die der afghanischen Bevölkerung. Wäre es wirklich um das Wohlergehen der Afghaninnen und Afghanen gegangen, dann hätte ganz klar der zivile Wiederaufbau Priorität gehabt. Dies hätte zweifellos beinhaltet, ausreichend Kapazitäten für den Aufbau von Staat und Zivilgesellschaft bereitzustellen und so nachhaltige Strukturen zu schaffen.

Sicherheit definiert sich nicht allein über militärische Aktionen. Sicherheit geben im Zivilleben vor allem ein funktionierendes Justizwesen und die Achtung der Frauen- und Menschenrechte.

Aber wie soll die afghanische Bevölkerung Sicherheit empfinden, wenn sie mehr Angst vor ihrer eigenen Polizei als vor den Taliban hat?

Die internationale Gemeinschaft hat die Bedeutung einer Reform des Justizsektors komplett unterschätzt. Adäquate finanzielle und personelle Unterstützung blieb aus: Der USA war der Justizaufbau in den letzten zehn Jahren gerade mal 186 Millionen US-Dollar wert, verglichen mit den 486 Milliarden Dollar für Militärausgaben der USA ist dies doch mehr als nur bescheiden.

So konnte das korrupte und ultra-konservative traditionelle Rechtssystem Freiräume besetzen - ein Punkt mehr für die Taliban, sind es doch sie, die in vielen Regionen die einzigen Garanten für eine Rechtsordnung darstellen. Dies ist besonders für Frauen eine verhängnisvolle Entwicklung. Außerdem stehen Frauenrechte zwar auf dem Papier, vor Gericht ist es um den Rechtsschutz afghanischer Frauen schlecht bestellt.

Folgen hatte das mangelnde Engagement im Justizsektor auch für die Straflosigkeit: Weder Kriegsverbrechen der letzten 30 Jahre noch aktuelle Gewaltverbrechen werden ausreichend geahndet. Erst 2009 konterkarierte Karzai seinen eigenen Versuch, die inner-afghanische Aussöhnung voranzutreiben. Dem nationalen „Aktionsplan für Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit“ aus dem Jahre 2005 nahm er mit seinem Amnestiegesetz jegliche Kraft. Die internationale Gemeinschaft hat auch hier tatenlos zugesehen.

Dabei wäre so Vieles möglich gewesen. Nach fast zehnjährigem Aufbau von Projekten von *medica mondiale* in Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif (bis Ende 2008 auch in Kandahar) konnten wir Anfang dieses Jahres die Leitung der Organisation in die Hände der mutigen afghanischen Kolleginnen übergeben.

Sie und andere Aktivistinnen der jungen afghanischen Frauenbewegung mahnen in Gesprächen mit deutschen und internationalen PolitikerInnen immer wieder die Grundpfeiler menschlicher Sicherheit an, nämlich die Achtung von Frauen- und Menschenrechten, die Abwesenheit von Gewalt, ein funktionierendes Rechtssystem, ausreichend Nahrung sowie Zugang zu Bildung und Gesundheit.

Viele Frauen gehen trotz massiver Einschüchterungsversuche mutig an die Öffentlichkeit und formulieren laut ihre Positionen. Sie zu unterstützen, müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit für den Westen sein. Doch leider hören wir auch hierzulande zu diesen Positionen der Frauen viel zu wenig, unseren Politikerinnen und Politikern scheinen sie nicht so wichtig zu sein. Ernst zu nehmende Einbindung von Afghaninnen in den Friedensprozess?

Fehlanzeige in London 2010, in Kabul 2010, erhebliche Skepsis auch hinsichtlich der Besetzung des Hohen Friedensrats. Bei der bevorstehenden Afghanistan-Konferenz in Bonn ist gerade mal ein vorgelesenes Statement von zwei Repräsentantinnen der afghanischen Zivilgesellschaft gestattet. Ich schließe mit einer Einschätzung der afghanischen Parlamentarierin, Shukria Barakzai: „Mir scheint, die internationale Gemeinschaft hat die Frauen als Symbol genutzt. Viele Male haben wir geredet, gerufen und mit sehr lauter Stimme geschrien, aber niemand hat es gehört. Die internationale Gemeinschaft ist hilfreich, aber es tut mir leid: Sie ist es definitiv nicht, wenn es um die Frauen geht.“